

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung

vom: **30.03.2023**
von: **17:00 Uhr**
bis: **18:39 Uhr**
Ort: **Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium, Fern-
dorfstraße 10,
57076 Siegen, Raum A 118 (Bibliothek)**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Schule und Bildung:

Vom Ausschuss für Schule und Bildung:

Stv Kraft, Florian	als Vorsitzender
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
AM Dörner-Lipinski, Monika	vertritt Langemeyer, Susanne
Stv Dylong, Barbara	
AM Flohren, Angelika	
AM Hagen, Eva	
AM Dr. Henrich, Alica	vertritt Bell, Achim; bis 17:57 Uhr
AM Heupel, Michael	
AM Hörnberger, Kevin-Lee	
AM Nüßing, Elisabeth	
Stv Patt, Alexander	
Stv Pfeifer, Joachim	
AM Rommel, Marcus	vertritt Pflogsch, Teresa Elisabeth
AM Schloos, Ulrich	
Stv Schwarz, Sibylle	vertritt Thimm, Heiko
Stv Six, Annette	
AM Weber, Frank	

Beratende Mitglieder:

AM Berghäuser, Sven	vertritt Dr. Berg, Reiner
AM Engelbert, Holger	
AM Richter, Lisa	
AM Röcher, Stina	vertritt Katz, Heike
AM Röhser, Natalie	vertritt Lutz, Alexandra
AM Schneider, Martina	

Aufgrund besonderer Einladung

Dr. Köster	kommissarischer Schulleiter FJM
------------	---------------------------------

Als Zuhörer:

AM Klein, Hans Walter

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt	
StAR Uhr	
StIA Linpinsel	
StAF Pfeifer	als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Becker, Monika	
Stv Bell, Achim	vertreten durch AM Henrich, Dr. Alica
AM Berg, Dr. Reiner	vertreten durch AM Berghäuser, Sven
AM Elsermann, Matthias	
AM Henrichs, Christoph	
AM Jänicke, Dr. Karin	
AM Jüngst, Werner	
AM Katz, Heike	vertreten durch AM Röcher, Stina
AM Langemeyer, Susanne	vertreten durch AM Dörner-Lipinski, Monika
IntRM Lübke, Lada	
AM Lutz, Alexandra	vertreten durch AM Röhser, Natalie
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth	vertreten durch AM Rommel, Marcus
AM Richter, Lisa	
AM Sziburies, Peter	
Stv Thimm, Heiko	vertreten durch Stv Schwarz, Sibylle
AM Utsch, Michael	
Stv Wittenburg, Samuel	
AM Zelmanowski, Bernd	

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 24.01.2023**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

14. AfSuB 30.03.2023

2. Fragestunde**2.1 Schulentwicklungsplanung weiterführende Schulen - Sachstand und weiteres Vorgehen nach dem Bürgerentscheid**

Vorlage Nr. AF 1253/2023 und Vorlage Nr. AF 1253/2023 A

Herr Hörnberger ist der Meinung, dass nur Frage 4 beantwortet wurde und die Antworten der Fragen 1-3 umgangen haben. Er bittet um entsprechende Beantwortung der Fragen zu Protokoll. Er möchte wissen, ob das Gebäude der Hauptschule Achenbach nach dem Bürgerentscheid auch aus der Planung für die 4. Gesamtschule bei der Bezirksregierung gestrichen wurde.

Herr Schmidt betont, dass die Verwaltung die Fragen nicht anders beantworten wird, da man sie so beantwortet hat, wie sie verstanden wurden. Zur Frage von Herr Hörnberger entgegnet er, dass die Genehmigung der Bezirksregierung für die Gesamtschule auf dem Rossterberg nicht genauer die Frage des Standorts und der Räume beinhaltet, alles Weitere wird sich zeigen.

14. AfSuB 30.03.2023

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

14. AfSuB 30.03.2023

**4. Schulentwicklungsplanung weiterführende Schulen
- Sachstand und weiteres Vorgehen nach dem Bürgerentscheid -
dazu: Antrag der Fraktionen GfS, FDP und UWG**

Herr Schmidt stellt anhand einer dem Protokoll beigefügten Präsentation die aktuellen Anmeldezahlen der weiterführenden Schulen dar. Aufgrund dieser Zahlen hat die Bezirksregierung beschlossen, dass an der Hauptschule Achenbach keine Eingangsklasse gebildet wird. Bei den beiden Realschulen wurde von der Bezirksregierung insgesamt eine Klassenbildung

zugesagt, sodass der Schulträger sich entschieden hat die Klassen an der Realschule am Oberen Schloss zu bilden.

Nach der Präsentation und vor dem Hintergrund des Bürgerentscheids entsteht eine schulpolitische und schulpädagogische Diskussion. Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Themen

- Schulformen und der Konflikt zwischen Gesamtschulen und dem dreigliedrigen Schulsystem
- Chancengleichheit unabhängig vom sozialen Status und Bildungsgerechtigkeit
- Aussagekraft der Anmeldezahlen vor dem Hintergrund des Bürgerentscheides
- Schul(form)wechsel von Schülerinnen und Schülern
- Vor- und Nachteile eines vorgezogenen Anmeldeverfahrens

Schulformen und der Konflikt zwischen Gesamtschulen und dem dreigliedrigen Schulsystem, Chancengleichheit unabhängig vom sozialen Status sowie Bildungsgerechtigkeit:

Herr Schloss wünscht sich, dass der Gedanke der Vielfalt endlich auch aus den Erkenntnissen der Bildungsforschung heraus angewendet wird. Wenn eine Bildungsgerechtigkeit erreicht werden soll, benötigt man integrierte Systeme, am Besten mit einem gebundenen Ganztags. Auch wenn die Fraktion die Linke sich die Anliegen der Schulen zunächst genau angesehen und den Wunsch der Erhaltung der vorhandenen guten Ressourcen nachvollziehen kann, so ist im ganzen Umfeld des Bürgerentscheids der Eindruck entstanden, dass nicht von allen Schulen und Fraktionen ein System der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Gleichheit unterstützt wird. Das Ergebnis führt zu einem Schaden für Siegen und seine Schülerinnen und Schüler, denn im länderübergreifenden Vergleich schneiden die Länder gut ab, die ein starkes integriertes Schulsystem vorhalten, wie z. B. die skandinavischen Länder.

Herr Hörnberger weist ideologische Leit motive in diesem Zusammenhang zurück. Die FDP-Fraktion sei auch nicht gegen Gesamtschulen, aber für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems.

Frau Flohren betont, dass die SPD-Fraktion sich für die Unterstützung des Elternwillens und Wunsch der Schülerinnen und Schüler eingesetzt habe und aufgrund der immer vorhandenen Anmeldeüberhängen eine vierte Gesamtschule unterstützt habe. Wenn es tatsächlich der Wunsch der Eltern gewesen wäre die Haupt- und Realschulen zu erhalten, dann hätte sich dies auch in den Anmeldezahlen widerspiegeln müssen.

Herr Pfeifer findet es notwendig nicht mehr in Schulformen zu denken. Das Ziel muss sein eine Schule für alle zu schaffen. Es sollten nicht die Interessen der Schulformen vertreten werden, sondern vielmehr die Interessen der Schülerinnen und Schüler. Die Legitimation der Schulformen entsteht rein aus dem Wahlverhalten der Schülerinnen und Schüler und der Eltern.

Auch Herr Rommel spricht sich für ein integriertes Schulsystem als Instrument der sozialen Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit aus.

Herr Berghäuser plädiert dafür nicht weiter über die Schulformen zu diskutieren, denn für beide Seiten wird es immer Argumente geben. Die Problematik ist zum Zeitpunkt entstanden, an dem Gesamtschulen neben einem dreigliedrigen Schulsystem installiert wurden. Somit ist die Entwicklung des Schulsystems dem Elternwillen überlassen worden, was mittlerweile durch die Stigmatisierungen aus der Gesellschaft zu einem Problem für die Hauptschulen und zum Teil auch für die Realschulen geführt hat, welches sich nun nicht mehr umkehren lässt. Er macht deutlich, dass der Schulträger eine sinnvolle Entscheidung getroffen hat, um eine geordnete Regelung und stabile Schullandschaft zu erhalten. Nur dann kann sich die Qualität der Schulen entwickeln. Das Ergebnis des Bürgerentscheids macht dies nun deutlich schwieriger.

Aussagekraft der Anmeldezahlen vor dem Hintergrund des Bürgerentscheides:

Herr Hörnberger ist der Meinung, dass die von Herr Schmidt gezeigte Statistik ungenau sei, da z.B. bei der Realschule aufgezeigt wurde wie viele Anmeldungen es gab und wie viele Aufnahmen daraus resultierten, dies hingegen nicht bei den Gesamtschulen aufgeführt wurde.

Herr Kraft wirft ein, dass dieser Wert noch mit in die endgültige offizielle Vorlage aufgenommen werden könnte.

Frau Nüßing stimmt dahingehend zu, dass eine intelligente Schulentwicklungsplanung Voraussetzung für alle Bemühungen ist. Sie findet es aber unglücklich, dass der Fokus der Diskussion auf den Anmeldezahlen dieses Schuljahres liegt, da die Anmeldephase dieses Jahr aufgrund des Bürgerentscheids ungünstig verlief. Die Daten werden ihrer Meinung nach daher erst in 2-3 Jahren wieder relevant sein um Entwicklungen ablesen zu können.

Herr Schmidt stellt klar, dass die heute gezeigten Zahlen nicht die Grundlage für die Schulentwicklungsplanung sind. Es wird dazu noch eine ausführliche Vorlage geben, die alles ordentlich und detailliert abbilden wird.

Schul(form)wechsel von Schülerinnen und Schülern:

Auf Frau Bialowons-Stings Anmerkung, dass aktuell noch 20-30 Kinder von der Gesamt- sowie den Realschulen auf die Hauptschule abgeschult werden und nun nicht mehr untergebracht werden können, erwidert Herr Schmidt, dass bei den Gesamtschulen alle Abschlüsse angeboten werden und ein „abschulen“ nicht stattfindet. Ein Schulwechsel aus persönlichen Gründen ist nach wie vor möglich.

Vorgezogenes Anmeldeverfahren:

Zur Diskussion bezogen auf den Antrag der Fraktionen GfS, FDP und UWG führt Herr Schmidt aus, dass das Anmeldeverfahren in diesem Jahr durch die Umstände durchaus durcheinander war. Der Ratsbeschluss sollte ursprünglich dafür sorgen, dass es auch nach schwierigeren Anmeldeverfahren in den vergangenen Jahren nun eine geordnete Anmeldephase gibt. Dies ist durch den Bürgerentscheid außer Kraft gesetzt, sodass in den Folgejahren erneut unüberschaubare Anmeldeverfahren für die Familien entstehen werden. Wenn ein wenig Struktur

für die Eltern erhalten werden soll, so muss man den gestellten Antrag ablehnen, da das einzige ordnende Instrument das vorgezogene Anmeldeverfahren ist. Die Legitimation für dieses vorgezogene Anmeldeverfahren ergibt sich aus dem Schulrecht und nicht aus einer politischen Intention zur Bevorzugung gewisser Schulformen. Ohne das vorgezogene Anmeldeverfahren wird eine unzumutbare Situation für die Eltern entstehen.

Herr Pfeifer vermutet im nächsten Jahr wieder Überhänge an den Gesamtschulen, sodass ein vorgezogenes Anmeldeverfahren dafür sorgt, dass abgelehnte Schülerinnen und Schüler die gleiche Chance an allen anderen Schulen haben werden.

Die CDU-Fraktion sieht in einem vorgezogenen Anmeldeverfahren keine Problematik, vielmehr schafft es Planungssicherheit. Man lehnt den Antrag entsprechend ab, so Herr Patt.

Seitens der Haupt- und Realschulen gab es immer Widerspruch gegen das vorgezogene Anmeldeverfahren erinnert Herr Engelbert.

Herr Hörnberger argumentiert gegen ein vorgezogenes Anmeldeverfahren, da so keine Gleichbehandlung der Schulen und Schulformen stattfindet. Er betont, dass das vorgezogene Anmeldeverfahren zwar im Schulgesetz ermöglicht wird, dies jedoch auch immer vom Träger beantragt werden muss, die Durchführung somit nicht verpflichtend ist. Er sieht kein Problem in dem Verzicht auf das vorgezogene Anmeldeverfahren.

Herr Rommel und Frau Nüßing sprechen sich gegen den Antrag aus. Die Wahl der Schulform ist unabhängig von einem Anmeldezeitraum, sondern hängt von vielen individuellen Faktoren für die Familien ab und wird frühzeitig getroffen. Das vorgezogene Anmeldeverfahren hat einen organisatorischen Charakter und ist keine Bevorzugung einer Schulform, sondern eröffnet vielmehr eine Chance für die Eltern bei einer Nichtberücksichtigung noch entsprechend reagieren zu können.

Das vorgezogene Anmeldeverfahren hält Herr Berghäuser für sinnvoll, das Ziel muss jedoch sein, dass man es irgendwann nicht mehr braucht weil keine Anmeldeüberhänge mehr vorhanden sind, was nur mit einer geregelten Schullandschaft zu erreichen sein wird.

Aus der Diskussion heraus und seiner Wahrnehmung einer zu geringen Datenlage stellt Herr Hörnberger den Antrag, dass von der Verwaltung eine Bildungsberichterstattung nach dem Vorbild der Kultusministerkonferenz erstellt werden soll.

Die Siegener Schulentwicklungsplanung beinhaltet alles notwendige, so Herr Schmidt. Eine Bildungsberichterstattung kann qualitativ und quantitativ gar nicht geleistet werden. Die Kultusministerkonferenz hat eine wissenschaftlich-pädagogisch besetzte Struktur, die das Ganze mit der pädagogisch-konzeptionellen Sicht auf Bildung untersucht. Dies ist nicht die Aufgabe einer Schulverwaltung, die daher weder das Personal noch die Ausbildung und Kompetenzen dafür hat. Es kann daher keine Bildungsberichterstattung erstellt werden. Für die Schulverwaltung besteht nur die Zuständigkeit für eine Schulentwicklungsplanung. Der Politik ist es jedoch möglich das vorhandene Sozialmonitoring und die Armutsberichterstattung vor dem Hintergrund der Schulentwicklung zu betrachten. Auch wenn eine Bildungsbe-

richterstattung beschlossen werden sollte, so kann diese nicht umgesetzt werden aufgrund der fehlenden personellen Ausstattung sowie einer mangelnden Zuständigkeit.

Beschluss über Antrag der Fraktionen GfS, FDP und UWG:

Die Schulverwaltung wird beauftragt, zukünftig auf vorgezogene Anmeldeverfahren für bestimmte Schulformen an den weiterführenden Schulen zu verzichten und stattdessen ausschließlich ein gleichzeitiges Anmeldeverfahren für alle weiterführenden Schulen durchzuführen.

**Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür (GfS, FDP, AfD, AfS),
12 dagegen (CDU, SPD, B'90/Grüne, LINKE), 0 Enthaltungen**

=> Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss über den Antrag von Herrn Hörnberger:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Bildungsberichterstattung nach dem Vorbild der Kultusministerkonferenz für die Stadt Siegen zu erstellen.

**Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür (GfS, FDP, AfD, AfS),
12 dagegen (CDU, SPD, B'90/Grüne, LINKE), 0 Enthaltungen**

=> Damit ist der Antrag abgelehnt.

14. AfSuB 30.03.2023

gez. Kraft
Vorsitzender

gez. Pfeifer
Schriftführerin



Ausschuss für Schule und Bildung

Donnerstag, 30.03.2023



Ergebnis Bürgerentscheid

„Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten bleiben?“

Wahlbeteiligung	27.850	35,41 %
Gültige Stimmen	27.787	99,77 %
Ungültige Stimmen	63	0,23 %
JA-Stimmen	21.925	78,90 %
NEIN-Stimmen	5.862	21,10 %

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat das Ergebnis des Bürgerentscheids vom 1. März 2023 zur Frage „Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?“ in seiner Sitzung am 22. März 2023 festgestellt.

Die Frage *„Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?“* ist mit „Ja“ beantwortet worden, da sowohl die nach § 26 Absatz 7 GO NRW erforderliche Mehrheit als auch das vorgeschriebene Quorum von mindestens 10% erreicht worden sind.

Ergebnis Bürgerentscheid

Der Ratsbeschluss von Juni 2022 zum Auslaufen der Hauptschule Achenbach, der Realschule Am Oberen Schloss und der Realschule Auf der Morgenröthe ist damit aufgehoben.

Die drei Schulen werden damit auch in den kommenden Anmeldeverfahren Anmeldungen annehmen. Die tatsächliche Eingangsklassenbildung ist aber abhängig von den Anmeldezahlen!

Anmeldesituation Haupt- und Realschulen

Schule	Anmeldungen	Aufnahmen	Eingangsklassen
Achenbacher Schule	(3)	0	0
Realschule Am Oberen Schloss	(41) 50	50	2-3
Realschule Auf der Morgenröthe	(46)	0	0

Anmeldesituation Gymnasien

Schule	Anmeldungen	Aufnahmen	Eingangsklassen
Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium	91	91	3
Gymnasium Am Löhrtor	133	120	4
Gymnasium Auf der Morgenröthe	83	83	3

Anmeldesituation Gesamtschulen

Schule	Anmeldungen	Aufnahmen	Eingangsklassen
Bertha-von-Suttner-Gesamtschule	201	135	5
Gesamtschule Am Rosterberg	115	115	4
Gesamtschule Auf dem Schießberg	101	101 (108)	4
Gesamtschule Eiserfeld	160	135	5

17 Kinder von Siegener Grundschulen wurden noch nicht angemeldet.